

# Beschlussvorlage



Landeshauptstadt  
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0287/2018
Amt/Aktenzeichen 67/67 00 36	Datum 29.01.2018	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Mainzer Seniorenbeirat	Kenntnisnahme	28.02.2018	Ö
Sozialausschuss	Kenntnisnahme	06.03.2018	Ö
Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie	Kenntnisnahme	08.03.2018	Ö
Stadtrat	Kenntnisnahme	14.03.2018	Ö

## Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 1375/2015 des Mainzer Seniorenbeirates  
hier: Die "beSITZbare Stadt"  
Vorlage: 0533/2016

Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen

Mainz, 02.02.2018

gez. Eder

gez. Lensch

Katrin Eder  
Beigeordnete

Dr. Eckart Lensch  
Beigeordneter

Mainz, 14.02.2018

gez. Ebling

Michael Ebling  
Oberbürgermeister

## Beschlussvorschlag:

Der Beirat, die Ausschüsse sowie der Stadtrat nehmen den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis. Erneute Berichterstattung in einem Jahr.

## Sachstandsbericht:

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 12.07.2016 das Projekt „beSitzbare Stadt“ befürwortet.

Die „beSitzbare Stadt“ ist ein Beitrag, die Rahmenbedingungen für das Leben im Alter in den Stadtteilen zu verbessern. Durch die zielgerichtete Schaffung von Sitzmöbeln an häufig genutzten Wegeverbindungen soll unter anderem der Aktionsradius von Älteren oder mobilitätseingeschränkten Menschen durch die Möglichkeit zum Ausruhen erweitert werden.

Die Erfahrungswerte der Akteure der Seniorenarbeit vor Ort, der jeweiligen Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher und Hinweise interessierter Bürgerinnen und Bürger bilden die Grundlage für die Identifikation geeigneter Standorte in den Stadtteilen.

Aktuell stehen jedoch im Bereich der offenen Seniorenarbeit keine personellen Ressourcen zur Verfügung Beteiligungsprozesse vor Ort methodisch und organisatorisch zu unterstützen.

Daher wird derzeit in Zusammenarbeit des Amtes für Soziale Leistungen und des Grün- und Umweltamtes ein Schreiben erarbeitet, welches Hintergrundwissen mit Beispielen und möglichen Vorgehensweisen zur „beSitzbaren Stadt“ vermittelt.

Das Schreiben wird mit dem Seniorenbeirat abgestimmt und in Absprache mit den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher vom Grün- und Umweltamt an potentielle Ansprechpartner /innen versandt.

Damit soll sukzessive bestehenden Seniorennetzwerken in den Stadtteilen ermöglicht werden, eigenständig Überlegungen anzustellen.

Das federführende Grün- und Umweltamt sammelt die Hinweise aus den Stadtteilen zu möglichen Standorten für Sitzmöbel und überprüft diese mit den tangierenden Fachämtern hinsichtlich der Realisierbarkeit (z.B. Flächenverfügbarkeit, Stadtbild, Verkehrssicherheit usw.) und meldet das Ergebnis an die Gruppen zurück.

Da die Ausstattung mit seniorenrechtlichen Bänken keine unabweisbare Pflichtaufgabe der Kommune ist, kann die Finanzierung von Bänken und Sitzmöglichkeiten für das Projekt „beSitzbare Stadt“ nur über Spenden und Sponsoring oder in bestimmten Stadtteilen ggf. mit Mitteln der „Sozialen Stadt“ erfolgen.